

Leserbrief

Bezug auf Ihren Artikel „Unmut über Bürgerinitiative“ vom 04.06.2011

Dass im Altomünsterer Gemeinderat bei der Gemeindestraßenplanung nun Unmut aufkommt, ist gar kein Wunder. Allerdings verwundert es, dass sich der Unmut gegen die Bürgerinitiative richtet. Denn die Vertreter des Gemeinderats haben richtigerweise festgestellt, dass sie bisher selbst die Fakten der Gemeindeverwaltung zum Thema vermissen und haben den Bürgermeister aufgefordert, diese Informationslücke zu schließen. Wenn einzelne Gemeinderäte wie Wolfgang Grimm nun ins Feld führen, sie würden sich schon seit 15 Jahren mit dem Thema befassen, ist es geradezu erschreckend, wie wenig sie tatsächlich dazu selbst zu wissen scheinen. Und noch viel erschreckender ist, dass trotz dieser langen Zeit die Öffentlichkeit wohl nicht wirklich einbezogen wurde, von formal notwendigen Maßnahmen einmal abgesehen. Denn kein einziger Bürger – und auch nicht einer der stark Betroffenen – hat, als wir ihn ansprachen, bisher den Stand des Projektes gekannt, geschweige denn die Argumente der Gemeinde oder den Nutzen des Vorhabens. Und nun stören wir als Bürgerinitiative diese verschwiegenen Kreise.

Ja, die Nerven bei einzelnen Gemeinderäten scheinen etwas blank zu liegen. Wenn Gemeinderat Gerd Walter nun von Unwahrheiten und Unfug spricht, die angeblich durch die BI verbreitet würden, dann wundert es, dass er selbst es war, der die Fakten von der Verwaltung für die eigene Argumentation wünschte. Wie kann er denn ohne solche Informationen die sogenannten „Unwahrheiten“ oder den „Unfug“ beurteilen? Es fiel bei der Gemeinderatssitzung ohnehin auf, dass diese Vorwürfe weder benannt noch richtig gestellt wurden. Ich behaupte: es wird kaum gelingen – es gibt keine Unwahrheiten. Deswegen setzt man derzeit anscheinend mehr auf Diskreditierung der Bürgerinitiative als auf Fakten.

Die ganze Aufregung beweist: die Gemeinde hat den Bürgern noch keine schlüssige Erklärung für die Straße geliefert. Zudem wären die Leute ohne die Anstrengungen der Bürgerinitiative „Holzweg21“ immer noch völlig uninformiert. Um es deutlich zu sagen: die Bürgerinitiative kann nichts für die Untätigkeit der Gemeinde, dass sie den Bürgern ihren Standpunkt nicht erläutern möchte. Im Gegenteil: wir würden es sogar sehr begrüßen, wenn wir mal von stichhaltigen Argumenten erfahren würden. Auch die Bürger würden gerne von Vertretern der Gemeinde Konkretes wissen wollen – und zwar nicht erst, wenn alle Beschlüsse gefasst sind. So war zum Beispiel bei unserem zweiten Info-Abend kein Vertreter des Gemeinderates erschienen, um sich den Sorgen der Bürger zu stellen und Stellung zu beziehen, aber im selben Gasthaus warteten drei Gemeinderäte, bis ihnen nach der Veranstaltung ein Informant unsere Informationen zugetragen hat. Auf das Fernbleiben angesprochen antwortete genau jener Gemeinderat Grimm, der zu den Dreien gehörte, „man hätte sowieso viel mehr Information, als hier präsentiert worden wäre“. Ich glaube, dass es nicht zu viel verlangt wäre von einem demokratisch gewählten Volksvertreter, dass er dieses angebliche „Mehr an Information“ auch mit den Bürgern teilen möchte. Inhaltlich wurde bei besagter Gemeinderatssitzung übrigens wieder gar nichts gesagt, eben nur geschimpft. Und wenn Herr Grimm auf die Anbindung des Gewerbegebietes verweisen möchte, verkennt er, dass es eben genau dafür gar keine Förderung geben würde, worauf die Gemeinde aber angewiesen wäre. Soweit zum durchdachten Kenntnisstand.

Die Gemeinderatssitzung war aber noch aus anderer Sicht erkenntnisreich. Sie ging nämlich in erster Linie um den Haushalt. Die Finanzlage der Gemeinde ist sogar so kritisch, dass angeregt wurde, zwei Mitarbeitern aus dem Bauhof die Verlängerung des LKW-Führerscheines, den sie beruflich bräuchten, in Höhe von 140 Euro selbst zahlen zu lassen. Überhaupt war auffällig, dass fast nur über (meist kleine) Beträge eifrig diskutiert wurde, die direkt mit Menschen zu tun hatten: die Kosten von Kindergarten und Kinderkrippe, einer Maßnahme im JuZ und der Weiterbildung bei Gemeindemitarbeitern. Wenn es allerdings um Baumaßnahmen und insbesondere um große Summen ging, war von Diskussionsbeiträgen nicht viel zu hören. Fazit: wenn ich mir als Gemeinde keine 140 Euro für meine Mitarbeiter leisten kann oder mag, dann sollte ich wohl eher nicht über Straßenbau in Millionenhöhe diskutieren. Vielleicht sind die zwei Bauhof-LKWs weniger schon das Eingeständnis, dass man sich auch den Unterhalt von Straßen gar nicht mehr leisten möchte – ein Grund mehr, den „Holzweg21“ nicht zu teilen.

Florian Mair, Bürgerinitiative „Holzweg21“, Am Stiglberg 18, 85250 Altomünster